

Schwerpunkt

Von Inga Barthels

Eines der ersten Bücher, die Sylvia Giese-Kreutzer ihrem Sohn vorgelesen hat, war das mit den Enten. Mary Duck hat viele Eier gelegt und freut sich auf ihren Nachwuchs. Ihre Freundin Donna Duck ist traurig, denn sie kann keine Eier legen. Also schenkt Mary ihr zwei Eier, damit auch sie Mama werden kann. In ihren Nestern brüten beide die Eier aus und lieben ihre Entenkinder sehr, als sie zur Welt kommen.

„The Very Special Ducklings“ heißt das Buch, „Die ganz besonderen Entenbabys“, es kommt aus Kanada. Die Praxis, die in der Geschichte kindgerecht dargestellt wird, ist in Deutschland verboten. Es geht um die Eizellspende, die es Frauen, die keine Eizellen produzieren können, ermöglicht, ein Kind auszutragen. Dafür wird ihnen eine Eizelle in die Gebärmutter übertragen, die vorher einer Spenderin entnommen und *in vitro* – „im Glas“, also außerhalb des Körpers – befruchtet wurde, meist mit dem Samen des zukünftigen sozialen wie genetischen Vaters.

Durch eine solche Spende ist Sylvia Giese-Kreutzers Sohn entstanden, sieben Jahre ist das her. Die Krankenpflegerin aus einer Kleinstadt bei Wuppertal war bei der Geburt 45 Jahre alt – es war das glückliche Ende einer zwölfjährigen Odyssee durch Gynäkologie-Praxen, Kinderwunschzentren und Kliniken in mehreren Ländern.

Sie ist mit diesem Schicksal nicht allein. In den westlichen Industrienationen werden Menschen tendenziell immer später im Leben Eltern – und haben somit auch immer mehr Probleme, auf natürlichen Wege Kinder zu kriegen. Außerdem ist es in einigen Ländern wie den USA auch Gruppen möglich, Nachwuchs zu bekommen, für die das lange unmöglich schien: schwule Paare oder alleinstehende Männer etwa.

Die Nachfrage nach In-vitro-Fertilisation und darauf basierenden Techniken ist riesig, auch in Deutschland. Doch hierzulande gilt das „Embryonenschutzgesetz“ von 1991, das Reproduktionstechnologien stark reglementiert: Deutschland ist neben Luxemburg das letzte EU-Land, in dem die Eizellspende noch verboten ist. Derweil lassen verzweifelte deutsche Paare Praktiken wie die Eizellspende schon jetzt vornehmen – im Ausland. Schätzungsweise 2000 bis 4000 pro Jahr allein aus Deutschland.

Nach Jahren des Stillstands wagt die Ampel-Koalition auf Betreiben der FDP nun einen Vorstoß: Noch im ersten Quartal dieses Jahres soll laut Tagesspiegel-Informationen eine Kommission aus Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis installiert werden, die unter anderem über eine mögliche Legalisierung von Eizellspenden und Leihmutterchaft berät (siehe Seite 9). Sie hat eine gewaltige Aufga-



Die spanische Fotografin Tamara Sánchez Pérez begleitete 2018 mehrere Eizellspenden. Auf den folgenden Seiten zeigen wir ihre Bilder.

Eine schwere Geburt

Eizellspenden sind für unfreiwillig Kinderlose oft die letzte Hoffnung – und in Deutschland verboten. Ist die Zeit gekommen, das zu ändern?

be vor sich. Es geht um Kommerzialisierung und Ausbeutung, Ethik und Moral, Gerechtigkeit und Freiheit. Verschiedene Akteure vertreten diverse Standpunkte und wollen gehört werden. Von denjenigen, die unbedingt Eltern werden wollen, über die Frauen, die einen Teil ihrer selbst spenden, bis zu den Kindern, die daraus entstehen. Was treibt sie alle an?

Die Spenderinnen

Im Vergleich zur Samenspende ist die Eizellspende ein aufwendiger Prozess. Etwa zwei Wochen lang muss die Spenderin Hormone nehmen, damit mehrere Eizellen gleichzeitig heranreifen. Regelmäßig muss sie sich Ultraschall-Untersuchungen unterziehen, dann werden ihr die Eizellen unter Narkose oder Sedierung in einer kurzen Operation entnommen. Wer sind die Frauen, die das auf sich nehmen?

Am einen Ende des Spektrums steht Rebecca Stallbaumer. Die 43-Jährige lebt in der Nähe von Koblenz und ist Karriereberaterin an einer Hochschule. Eigene Kinder

”

Man hat immer das Gefühl, dass man nicht vollständig ist. Mich hat das sehr belastet.

Sylvia Giese-Kreutzer war lange ungewollt kinderlos und kämpft für eine Liberalisierung der strengen deutschen Regelungen.



habe sie nicht, erzählt sie in einem Videotelefonat. Aber sie hat Eizellen gespendet, als sie in den USA lebte – für ein befreundetes schwules Paar. Die beiden ließen die Eizellen mit dem Samen von einem von ihnen befruchten, eine Leihmutter trug das Kind aus.

Rebecca Stallbaumer wird wütend, wenn sie Argumente hört, dass die Spenderinnen geschützt werden müssten. „Ich will mich nicht in eine Opferrolle drängen lassen“, sagt sie. „Das ist meine autonome Entscheidung über meinen Körper.“ Aus ihrer Eizellspende gingen Zwillinge hervor, ein Junge und ein Mädchen. Zum ersten Mal besuchte sie die Kinder in Texas, als sie zwölf Wochen alt waren. „Ich fühle mich wie eine Patentante“, sagt sie. Dass sie ihre Eizellen gespendet hat, wissen beide Kinder von klein auf. Seit Stallbaumer wieder in Deutschland lebt, fahren die Familie und sie regelmäßig zusammen in den Urlaub.

Die Spende von Rebecca Stallbaumer nennt man offen – die Spenderin ist nicht anonym – und altruistisch, denn sie hat kein Geld

dafür genommen. Als altruistisch gelten Spenden aber auch dann noch, wenn es für sie Aufwandsentschädigungen gibt, wie sie etwa bei klinischen Studien üblich sind.

So wie bei Elia, Musikerin und Aktivistin. „Ich war verzweifelt, als ich in die Klinik ging“, erzählt sie per Videochat aus ihrer Wohnung in Valencia. Sie war 23 Jahre alt, als sie zum ersten Mal Eizellen spendete, elf Jahre ist das her. Ihre Mitbewohnerin brachte sie auf die Idee. Die beiden brauchten dringend Geld, für die Miete, für Essen. Elia befand sich außerdem in einem Drogenentzug und sparte auf eine Therapie. Leicht sei ihr die Entscheidung nicht gefallen, sagt sie. 900 Euro pro Spende habe sie bekommen, insgesamt sechsmal. Öfter durfte sie nicht. In der Klinik sei ihr aufgefallen, dass viele der anderen Spenderinnen sich kaum bewusst darüber waren, was sie taten. Das seien sehr junge Frauen gewesen, oft ohne Schulbildung. „Ich hatte wenigstens den Vertrag gelesen.“ Heute denkt Elia, dass Eizellspenden nur offen und strikt altruistisch legal sein sollten.

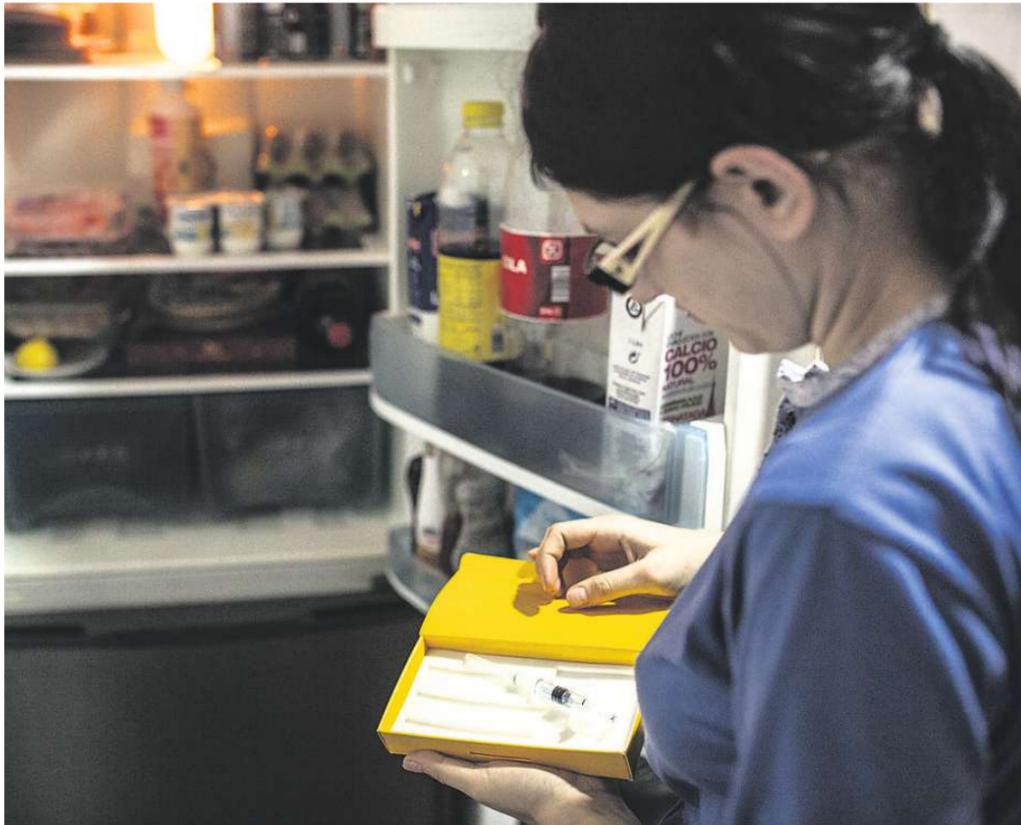
Wenn es mit dem Baby nicht klappt Alles, was Paare mit unerfülltem Kinderwunsch wissen müssen



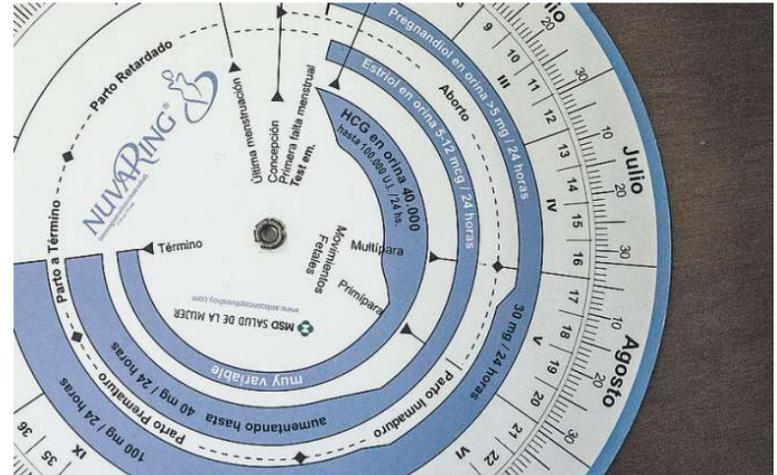
Jetzt lesen – Exklusiv für Abonnenten



T+



Die Spenderinnen müssen sich vor der Eizellentnahme etwa zwei Wochen lang Hormone spritzen.



Die Kritiker

In Spanien sind Eizellspenden bereits seit 1988 legal, in dem Land hat sich ein großer Markt entwickelt. Aus vielen Ländern reisen Frauen und Paare an, um die Prozedur vornehmen zu lassen. Allein im Jahr 2019 wurden rund 15.000 Eizellentnahmen durchgeführt.

Die Schweizer Sozialanthropologin Laura Perler schrieb ihre Doktorarbeit über das Thema. „Ich war überrascht, dass die Eizellspende auch in Spanien so stark mit Prekarität verbunden ist“, sagt sie. Obwohl es ein Spenderinnenregister gebe, werde das oft umgangen. Das krassste Beispiel sei eine Frau, die bereits über zwanzig Mal gespendet habe, alle drei Monate. „Das war wie ein Einkommen für sie.“ Bevor legalisiert werde, sollte man erst einmal ethische Grundregeln klären, sagt sie.

In Deutschland arbeitet sie mit dem Gen-ethischen Netzwerk zusammen, einem Verein, der sich aus feministischer und kapitalismuskritischer Perspektive gegen die Legalisierung der Eizellspende einsetzt. Die Argumente: Reproduktionsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, auf den Körper Dritter zuzugreifen, die Eizellspende beruhe auf sozialer Ungleichheit und beute ärmere Menschen aus. Langzeitfolgen für Spenderinnen seien nicht ausreichend erforscht.

Die Medizin

Ulrich Knuth, Gynäkologe an einem Hamburger Kinderwunschzentrum und Vorsitzender des Bundesverbands reproduktionsmedizinischer Zentren Deutschlands, kann zumindest die Bedenken bezüglich gesundheitlicher Folgen für die Spenderinnen nicht nachvollziehen. Die Risiken seien inzwischen minimal. Auch die

Das Wichtigste im Überblick

- Deutschland gehört zu den letzten Ländern Europas, in denen Eizellspenden verboten sind. Sie ermöglichen es unfruchtbaren Frauen, mithilfe der Eizellen einer Spenderin schwanger zu werden.
- Die Ampel-Koalition will eine Zulassung der Eizellspende und der Leihmutter-schaft prüfen und setzt eine Kommission ein. Kritiker befürchten, dass Spenderinnen ausgebeutet werden.
- Schon jetzt reisen viele ungewollt kinderlose Paare für Eizellspenden ins Ausland, insbesondere nach Spanien und Tschechien.

Bundesärztekammer und die Nationale Akademie der Wissenschaft Leopoldina sind für eine Legalisierung. Natürlich sei zu bedenken, dass bei einer Eizellspende der Eingriff für die Spenderin freiwillig erfolgt und medizinisch nicht nötig ist. Hier gelte es abzuwägen: „Die Nebenwirkungsrate ist sehr gering und steht dem Leben eines Kindes gegenüber, das neu entsteht“, sagt Knuth. „Wo will man die Grenze ziehen?“

Die Kinder

In Deutschland gibt es noch nicht viele Volljährige, die durch eine Eizellspende gezeugt wurden – durch eine Samenspende schon. Etwa 200 von ihnen haben sich im Verein „Spenderkinder“ zusammengeschlossen. „Wir wollen einen Paradigmenwechsel vom Konzept der Spende hin zu einer besonderen Form der Familiengründung mit einem weiteren genetischen Elternteil“, sagt Anne Meier-Credner, Psychologin und Mitglied des Vereins. Ihr selbst wurde mit zehn Jahren von ihren Eltern eröffnet, dass sie mit einer Samenspende gezeugt wurde. Die meisten Kinder wollten irgendwann erfahren, wer ihr genetisches Elternteil ist.

Ein ethisches Problem seien die widerstreitenden Wünsche: Die Eltern, die ein Kind wollen, aber nicht zwingend ein weiteres Elternteil. Die Spender, für die es in Ordnung ist, nie Kontakt zu ihrem Kind zu haben. Das Kind, das diese Vorstellung womöglich verletzt. „Das lässt sich nicht lösen.“

Die Politik

Einer möglichen Legalisierung der Eizellspende stehen die „Spenderkinder“ kritisch gegenüber. Aber wie realistisch ist sie überhaupt? Bei den Grünen hält

man sich bedeckt, man wolle die Ergebnisse der Kommission abwarten. Die SPD-Fraktion zeigt sich offener: Die freie Entscheidung einer Frau für die Eizellspende dürfe nicht leichtfertig beschnitten werden. Für die Legalisierung sei aber ein gutes Regelungskonzept nötig. Die FDP hat sich in ihrem Wahlprogramm dafür ausgesprochen, die Eizellspende zu legalisieren. „Die Bedenken von vor 30 Jahren sind heute nicht mehr haltbar“, sagt Katrin Helling-Plahr, Fachanwältin für Medizinrecht und rechtspolitische Sprecherin der Liberalen. Etwa ein Viertel der kinderlosen Frauen und Männer zwischen 20 und 50 seien ungewollt kinderlos, diesen Menschen wolle man helfen.

Im Koalitionsvertrag verankert ist die Vereinbarung, dass bei Kinderwunschbehandlungen überschüssig produzierte Eizellen an Dritte weitergegeben werden dürfen sollen – bisher ist das nur erlaubt, wenn die Eizelle bereits befruchtet war. Bei der Eizellspende würde man Kommerzialisierung ausschließen wollen, auch ein nationales Spenderinnenregister soll es geben, analog zur Samenspende. „Ich bin recht großer Hoffnung, dass wir nach der Kommission zu einer Legalisierung der Eizellspende kommen“, sagt Helling-Plahr.

Die Eltern

Sylvia Giese-Kreutzer kennt die Argumente für und gegen die Legalisierung. Doch egal, wie die Debatte ausgehen wird: Ihr Kind

existiert bereits. Deshalb hat sie gemeinsam mit etwa 50 anderen Eltern den gemeinnützigen Verein „FE-Netz“ gegründet. Dort tauschen sie sich aus und kämpfen für eine Zulassung.

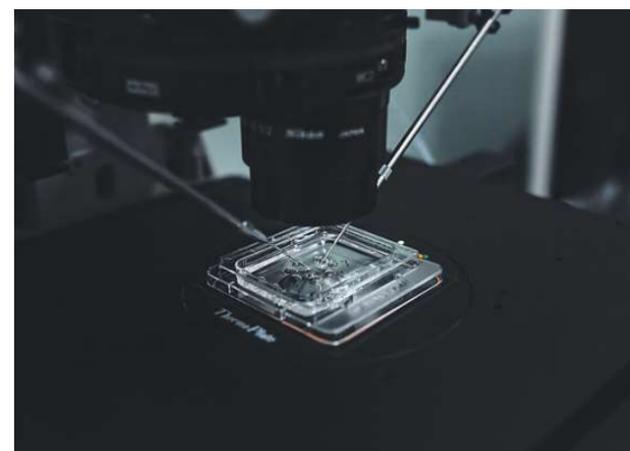
Als sie ihrer Gynäkologin von der Möglichkeit einer Eizellspende erzählte, hatte sie bereits zahlreiche Behandlungen in der Kinderwunschklinik hinter sich. Die hoch dosierten Hormone ließen sie zunehmen, machten sie depressiv. Irgendwann erzählte ihr ein junger Arzt hinter vorgehaltener Hand von der Option im Ausland. Ihre Gynäkologin sagte nur, dass sie bei der Entstehung von „Schattenwesen“ nicht helfe – und verwies sie der Praxis.

„Es gibt nicht das Recht auf ein eigenes Kind, aber es gibt das Recht auf die bestmögliche medizinische Behandlung“, sagt Giese-Kreutzer. Viele Mitglieder seien bereits mit Anfang 20 in den Wechseljahren oder hätten nach einer Krebserkrankung keine Eizellen mehr. Sie würden häufig depressiv. „Man hat immer das Gefühl, dass man nicht vollständig ist. Mich hat das sehr belastet.“

Sie hofft, dass ihr Sohn irgendwann mit seiner Entstehungsgeschichte Frieden schließen kann. Schon auf dem Wickeltisch hat sie mit ihm darüber gesprochen, ihm später das Buch mit den zwei Enten vorgelesen. Er solle verinnerlichen, dass das ein Teil von ihm ist, sagt Giese-Kreutzer. „Und was ein Teil von ihm ist, wird ihn hoffentlich später nicht verletzen können.“

15.000

Eizellentnahmen
wurden 2019 in Spanien durchgeführt



Die Eizelle der Spenderin wird im Labor mit dem Samen des Mannes befruchtet, der später der soziale wie genetische Vater des Kindes sein wird.

„Wir haben ein Recht auf Familie“

Die Medizinethikerin Claudia Wiesemann über Möglichkeiten und Grenzen der Reproduktionstechnologie

Von Miray Caliskan

Frau Wiesemann, Sie beschäftigen sich seit langem mit Reproduktionsmedizin. Gibt es das Recht auf ein eigenes Kind?

Natürlich kann es kein Recht auf ein Kind geben, so wie wir ein Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben. Niemand kann einem anderen Menschen garantieren, ein Kind zu bekommen. Wir sollten die Frage so formulieren: Haben wir ein Recht darauf, Techniken zu nutzen, die uns womöglich zu einem Kind verhelfen?

Und haben wir das?

Wir haben ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht darauf, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Der Staat braucht gute Gründe, um in diese privaten Lebensverhältnisse einzugreifen. Ein Grund könnte sein, wenn Dritte wie Eizellspenderinnen unverhältnismäßig stark gefährdet werden. Aber man kann die Risiken klein halten und dafür sorgen, dass

die Spende nur erfolgt, wenn die Frau aufgeklärt einwilligt. Liegt das vor, fallen meines Erachtens die Gründe weg, die den Staat berechtigen, Paare davon abzuhalten, ein Kind zu bekommen.

Die Eizellspende ist ein großer medizinischer Fortschritt – und trotzdem in Deutschland verboten. Im Kommentar zum Embryonenschutzgesetz heißt es, die Eizellspende führe zu „gespaltener Mutterschaft“. Der Gesetzgeber fürchtete, das könne zu Identitätsproblemen beim geborenen Kind führen würde.

Warum gab es diese Angst nicht bei der Samenspende?

Womöglich lag es daran, dass das Recht „Vater“ sozial definiert. Vater ist der Mann, der mit der Frau verheiratet ist, die ein Kind bekommt. „Mutter“ ist eher biologisch definiert – als die Frau, die das Kind gebiert. Vielleicht spielten auch traditionelle Vorstellungen

gen von der engeren Mutter-Kind-Beziehung eine Rolle. Es fällt trotzdem schwer, die Ungleichbehandlung von Mann und Frau zu verstehen. Später war eher die Sorge ausschlaggebend, dass die Eizellspenderin einem Risiko ausgesetzt wird, das deutlich größer ist als bei der Samenspende. Heute weiß man, dass man mit deutlich niedrigeren Hormongaben eine immer noch befriedigende Anzahl an Eizellen gewinnen kann.

Ein anderer Konflikt ist die potenzielle Ausbeutung von Spenderinnen.

Zum einen können Spenderinnen unangemessen wenig entschädigt werden für das gesundheitliche Restrisiko, das immer besteht. Frauen können auf der anderen Seite aber auch durch eine zu hohe Aufwandsentschädigung genötigt werden, etwas zu tun, das sie eigentlich gar nicht wollen, etwa weil sie sich in einer großen finanziellen Not befinden. Eine paradoxe Situation.

Es gibt auch altruistische Gründe, wieso Frauen Eizellen spenden. Etwa für die eigene Schwester.

Ja, aber sie sind nicht die Regel. Österreich beschreitet im Moment den Weg einer Zulassung der Eizellspende nur auf altruistischer Basis. Es stellt sich aber heraus, dass damit der Bedarf an Eizellen nicht annähernd gedeckt werden kann. Im Vereinigten Königreich wurde eine sehr niedrige Aufwandsentschädigung gezahlt, umgerechnet etwa 230 Euro. Da hat sich schnell gezeigt, dass das kein ausreichender Anreiz für Frauen ist, sich für eine Eizellspende zur Verfügung zu stellen. Deshalb hat man die Summe auf das fast Vierfache erhöht.

Wie könnten Eizellspenden in Deutschland geregelt werden?

Bei einer Zulassung muss etwa geregelt sein, was eine faire Auf-

Zur Person



Claudia Wiesemann ist Direktorin des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin in Göttingen. 2021 wurde sie zum Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina gewählt. Von 2012 bis 2020 war sie Mitglied des Deutschen Ethikrats. Wiesemann hat Medizin, Philosophie und Geschichte studiert. Sie ist Mitherausgeberin des Sammelbands „Assistierte Reproduktion mit Hilfe Dritter“ (Springer Verlag, 2020).

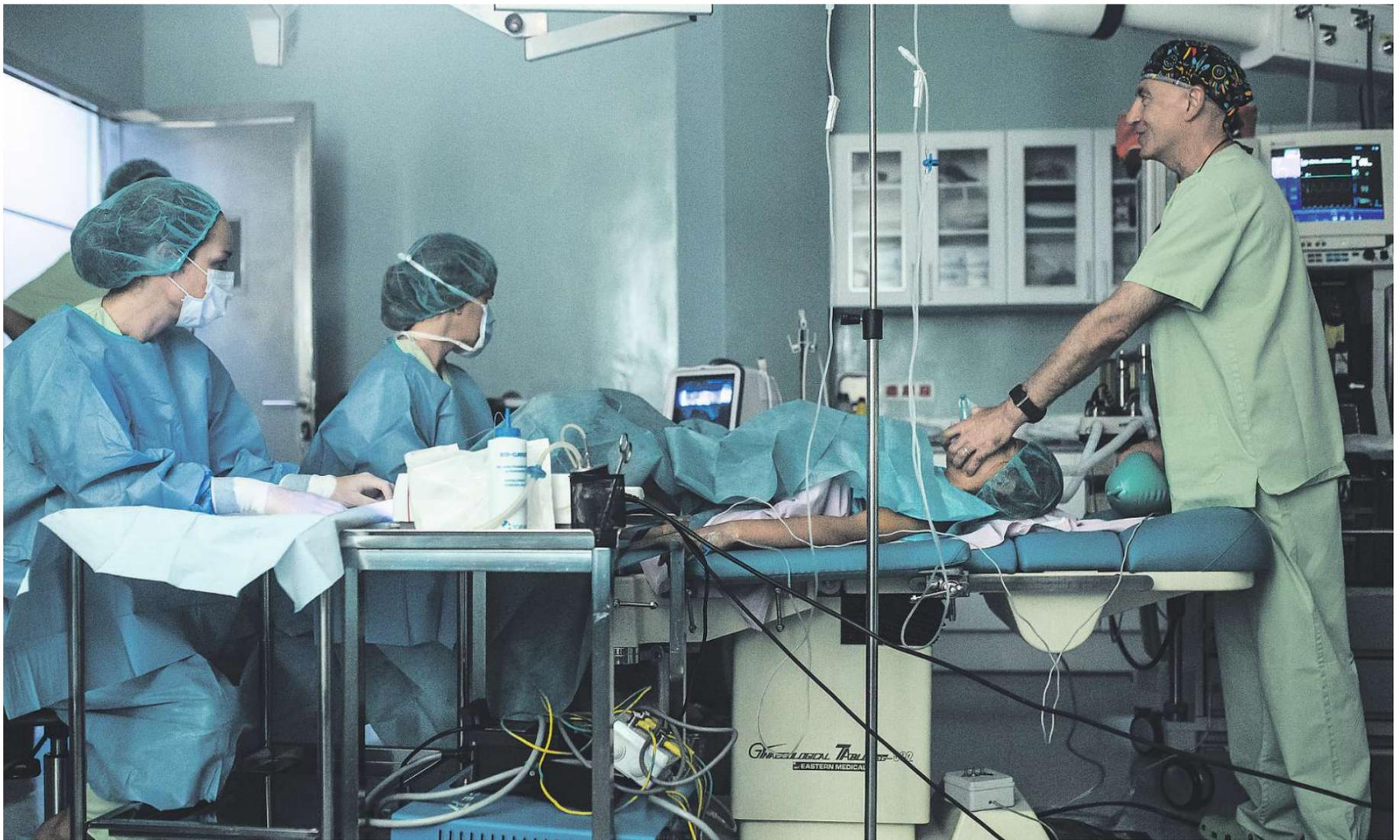
wandsentschädigung für die Spenderinnen wäre. Die ist nicht einfach zu bemessen. Frauen müssen eventuell körperliche Beeinträchtigungen auf sich nehmen oder auch – selten – ernstere Nebenwirkungen, vielleicht sogar einen Krankenhausaufenthalt. Daneben ist auch der Zeitaufwand zu berücksichtigen. Man könnte sich orientieren an Phase-I-Studien, um neuartige Wirkstoffe zu testen, wo die Teilnahme mit 2000 oder 3000 Euro vergütet wird.

Wer bezahlt das bei einer möglichen Zulassung?

Darüber, ob Krankenkassen oder der Staat fortpflanzungsmedizinische Maßnahmen finanzieren sollen, lässt sich diskutieren. Man kann die Entscheidung für die Familiengründung als Frage des Lebensstils interpretieren. Meiner Meinung nach ist das allerdings nicht angemessen. Es geht um Frauen, die in Folge gesundheitlicher Probleme unfruchtbar sind. In anderen Bereichen gleicht das Gesundheitswesen derartige Nachteile aus, auch durch eine entsprechende Finanzierung der Behandlung. Das könnte dann auch Paaren bei der Eizellspende zustehen.

In den USA und anderen Ländern werden Embryonen mit Veranlagung für Krankheiten selektiert. Wo ist die Grenze?

Auch in Deutschland ist Präimplantationsdiagnostik erlaubt, allerdings nur bei Gefahr schwerwiegender erblicher Erkrankungen oder wiederholter Fehlgeburten. Solche aufwändigen Techniken werden nicht leichtfertig genutzt. Ihr Einsatz sollte zwar gut überlegt sein, um Eltern nicht zu viel Verantwortung für die genetische Ausstattung ihres Kindes aufzubürden. Aber wir sollten auch das Leid von Familien mit genetisch bedingten Erkrankungen nicht außer Acht lassen.



Am Schluss wird die befruchtete Eizelle der späteren sozialen Mutter eingepflanzt, die das Kind dann – anders als bei der Leihmutter – selbst austrägt.

Das große Tabu

Ein fremdes Kind im Bauch: Das Konzept der Leihmutter ist hierzulande höchst umstritten. Auch die Ampel ist sich uneins

Von Valerie Höhne

Es waren Bilder, die um die Welt gingen: Babys, die in der Ukraine von Leihmüttern ausgetragen worden waren und nach der russischen Invasion nicht mehr von ihren Eltern abgeholt werden konnten. Sie wurden in Kellern und Schutzräumen von anderen Frauen versorgt. Auch Kinder deutscher Eltern waren darunter.

In Deutschland ist die Leihmutter-schaft verboten, genau wie die Eizellspende. Letztere erlauben inzwischen fast alle EU-Länder, bei der Leihmutter-schaft ist es komplizierter, sie ist das größere Tabu. Man unterscheidet die sogenannte kommerzielle und die altruistische Leihmutter-schaft. Die kommerzielle, bei der eine Frau für das Austragen des Kindes bezahlt wird, ist in allen EU-Ländern verboten. Die altruistische Variante haben einige Staaten legalisiert. Dänemark zum Beispiel.

Ein Viertel ist dagegen

Neun Monate lang trägt die Leihmutter einen Embryo aus, mit dem sie im Regelfall nicht verwandt ist. Die Eizelle stammt aus einer Spende oder von einer Frau, die ihr Wunschkind nicht selbst austragen kann, etwa wegen einer Erkrankung. Paare, für die das der

Gesetze weltweit

In den USA ist die kommerzielle Leihmutter-schaft in einigen Bundesstaaten legal. Wer die hohen Kosten nicht tragen kann, geht in die Ukraine, nach Georgien oder Russland. In Indien wurde sie 2016 nach Skandalen um Ausbeutung und nicht abgeholte Babys verboten.

In der EU haben einige Länder wie die Niederlande, Dänemark oder Portugal die altruistische Leihmutter-schaft erlaubt. Am Verbot der Eizellspende halten neben Deutschland in Zentraleuropa nur die Schweiz und Luxemburg fest. Am restriktivsten ist Costa Rica: Bis 2016 war selbst künstliche Befruchtung dort verboten.

einzigste Weg ist, ein biologisches Kind zu bekommen, gehen oft ins Ausland. Wenn sie heterosexuell sind, zum Beispiel in die Ukraine. Schwule Paare reisen, wenn möglich, in die USA, dort ist kommerzielle Leihmutter-schaft ebenfalls erlaubt. Der Kostenpunkt: 100.000 US-Dollar und mehr.

In der deutschen Bevölkerung ist Leihmutter-schaft umstritten. In einer Forsa-Umfrage gaben 42 Prozent der Bürgerinnen und Bürger im September des vergangenen Jahres an, für eine Legalisierung der Leihmutter-schaft offen zu sein, ein Viertel der Befragten war dagegen.

Die Koalition ist skeptisch

Auf Bestreben der FDP wurde die Frage der Leihmutter-schaft in den Koalitionsvertrag der Ampel aufgenommen. Diese hat nun die Gründung einer Kommission beschlossen, die sich mit der Zukunft von Eizellspende, Leihmutter-schaft und einer Reform des Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbrüche verbietet, beschäftigen soll.

„Im Moment wird Leihmutter-schaft in andere Länder ausgelagert, in denen Frauen Kinder teils unter zweifelhaften Bedingungen austragen“, sagt Jan Plobner, SPD-

Abgeordneter und stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Queerpolitik, „ich fände es ehrlicher, wenn wir in Deutschland eine Regelung dafür fänden.“

Aus seiner Sicht könne man über kommerzielle Leihmutter-schaft und altruistische Leihmutter-schaft diskutieren. „Für mich ist wichtig, dass man Leihmutter-schaft aus der Sichtweise der betroffenen Leihmutter und des Kindes, das dabei entsteht, denkt“, sagt er. Er findet, im Zweifel müsse die Leihmutter das Kind selbst behalten dürfen. Entscheide sie sich für einen Schwangerschaftsabbruch, müsse dies ebenfalls möglich sein.

Das bedeute aber nicht, dass es bei der altruistischen Leihmutter-schaft keine Aufwandsentschädigung geben könne. Die FDP will den Kreis der potenziellen Leihmütter auf den engsten Freundes- und Familienkreis begrenzen, ähnliche Regeln gibt es bereits bei einer Lebend-Organ-spende.

Die FDP hingegen plädiert dafür, sich auf die altruistische Leihmutter-schaft zu fokussieren. Die Liberalen wollen nämlich verhindern, dass sich Frauen aus wirtschaftlicher Not heraus dafür entscheiden, Leihmütter zu werden. „Die Legalisierung der altruisti-

schen Leihmutter-schaft ist der FDP schon lange ein Anliegen“, sagt Katrin Helling-Plahr, rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

SPD, die Grünen und die Oppositionsfraktion aus CDU und CSU betrachten das Thema skeptischer. Wäre es nach den Grünen und der SPD gegangen, hätte sich die Regierung in dieser Legislatur wohl gar nicht damit befasst. Im Gegensatz zur FDP wollen sie aber den Abtreibungs-Paragraphen 218 reformieren. Dem Vernehmen nach einigte man sich deswegen auf eine Kommission, in der beide Themen behandelt werden sollen.

„Es gibt kein Anrecht auf Kinder“, gibt der SPD-Politiker Plobner zu bedenken. „Das Recht ist nicht dazu da, Eltern Kinder zu verschaffen, sondern Kindern zu guten Eltern zu verhelfen“, sagt er.

Grüne fürchten sozialen Druck

Besonders schwer tun sich die Grünen mit einer möglichen Legalisierung. „Eine Entscheidung für die Legalisierung der Leihmutter-schaft steht dem Selbstbestimmungsrecht der Frau entgegen“, sagt etwa Ulle Schauws, familienpolitische Sprecherin der Grünen. Sie fürchtet, dass bei einer altruistischen Leihmutter-schaft ein enormer Druck auf potenzielle Leihmütter ausgeübt werden könnte. „Die Einflussnahme der eigenen Familie kann schnell so groß werden, dass die Frau sich dem nicht widersetzen kann“, sagt Schauws.

Erst einmal werden die Ampel-Partner aber ohnehin wenig Mitspracherecht haben, die geplante Kommission soll nach Tagesspiegel-Informationen eine reine Expertenkommission werden. Erst, wenn diese konkrete Vorschläge erarbeitet hat, können diese auch politisch bewertet werden.